



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**MuV**

über die  
2. Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses  
am Donnerstag, dem 10.06.2021  
in der Stadthalle Kamen

Beginn: 18:06 Uhr  
Ende: 19:47 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Joachim Eckardt  
Herr Peter Holtmann  
Herr Jan Isert  
Herr Rüdiger Janßen  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Martin Köhler  
Frau Elena Liedtke  
Herr Lucas Sklorz  
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Kim Christopher Bock  
Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Heinrich Kissing  
Herr Oliver Romeo  
Herr Martin Wilhelm  
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Timon Lütschen  
Herr Marian-Rouven Madeja  
Frau Anke Schneider

FW Kamen

Herr Martin Seidlitz

FDP

Herr Alfred Mallitzky

Sachverständige gem. Beschluss des Mobilitäts- Verkehrsausschusses

Herr Dieter Brinkmann  
Herr Dirk Preker

## Verwaltung

Herr Matthias Breuer  
Frau Christine Brockmeyer  
Frau Sylwia Bugiel-Lake  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Frau Hanna Schulze

## Gäste

Herr Ludwig Holzbeck, Kreis Unna

## Entschuldigt fehlten

Herr Denis Aschhoff  
Frau Renate Jung  
Frau Alexandra Schnell

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen aus der Sitzung am 10.06.2021 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Der Vorsitzende, Herr **Kasperidus** eröffnete um 18:06 Uhr die form-und fristgerecht einberufene Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Radverkehrskonzept Kreis Unna	
2.1	Vorstellung des Radverkehrskonzeptes durch Herrn Ludwig Holzbeck, Dezernent Kreis Unna	
2.2	Radverkehrskonzept Kreis Unna 2021 hier: Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung von Kommunen und Institutionen	084/2021
3	Stand des Straßenerneuerungsprogramms hier: Bericht der Verwaltung	
4	Errichtung einer Ampelanlage mit Radvorrangschaltung an der Überfahrt Südkamener Spange in Höhe Buschweg hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Zu TOP 2.

Radverkehrskonzept Kreis Unna

Zu TOP 2.1.

Vorstellung des Radverkehrskonzeptes durch Herrn Ludwig Holzbeck, Dezernent Kreis Unna

Herr **Holzbeck**, Leiter des Dezernates II des Kreises Unna stellte den Entwurf des Radverkehrskonzeptes des Kreises Unna als einen Baustein des Nahmobilitätskonzeptes vor.

Einleitend erläuterte Herr Holzbeck, das Konzept sei im letzten Jahr mit Unterstützung eines Fachbüros und in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden entwickelt worden.

Zurzeit befinde es sich in der Beteiligungsphase, in der neben den Kommunen auch andere Baulastträger wie der Lippeverband und Landesbetrieb Straßenbau NRW sowie auch die Öffentlichkeit eingebunden worden seien. Aus der Öffentlichkeit seien bereits viele Verbesserungs- und Änderungsvorschläge eingegangen, so dass Ende dieses Jahres der Kreispolitik daraus eine umfangreiche Synopse vorgelegt werden könne.

Bezüglich der Details des Vortrages wird auf die beigefügte Präsentation „Radverkehrskonzept Kreis Unna 2021“ verwiesen.

Herr **Kasperidus** bedankte sich für den Vortrag und gab den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zu Anfragen und Bemerkungen.

Mit dieser Planung, lobte Herr **Kissing** den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für die CDU-Fraktion, befinde man sich auf dem richtigen Weg zur Initiative für mehr Radverkehr; nicht nur den Freizeit-, sondern auch den Alltagsverkehr betreffend. In diesem Zusammenhang hob er die unzu-

reichenden Radwegeverbindungen nach Lünen und Unna hervor und kritisierte den in der Vergangenheit nicht berücksichtigten Bau von Radwegen im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen.

Es sei schade, nahm Herr Kissing Bezug auf die Erläuterungen bezüglich des RS1 im Vortrag des Herrn Holzbeck, dass der Bau des RS1 in dieser Region so lange auf sich warten ließe; Landesbetrieb Straßenbau NRW sei nun aber gezwungen, umzudenken. Abschließend sicherte Herr Kissing Herrn Holzbeck die Unterstützung für die Umsetzung des Konzeptes durch die CDU-Fraktion zu.

Auf den aktuell eingebrachten Entwurf des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes in den Landtag NRW verweisend erkundigte sich Herr **Wilhelm**, ob sich dieser auf die Planungen zum Radverkehrskonzept auswirke. Ferner bat er um Auskunft, ob an Signalanlagen eine Vorrangführung mit entsprechenden Anforderungskontakten in die Planungen mit einbezogen worden sei.

Die Vorrangführung des Radverkehrs im innerstädtischen Bereich, so Herr **Holzbeck**, sei grundsätzliche Aufgabe der Kommunen; die diese durch die Einrichtung von Fahrradstraßen, entsprechenden Ampelschaltungen oder anders geartet umsetzen könne. Das Radverkehrskonzept beinhalte neben den Qualitätsstandards auch Beispiele, wie der Radverkehr geführt werden könne.

Die Vorrangführung des Kfz-Verkehrs an Bundes- und Landesstraßen, erläuterte Herr Holzbeck unter Hinweis auf das Straßen- und Wegegesetz, werde auch durch das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz nicht außer Kraft gesetzt. Ausgenommen sei hier der RS1, der nach seiner Fertigstellung den Charakter einer Landesstraße erhalte. In diesem Zusammenhang stellte Herr Holzbeck das Gefährdungspotential durch unterschiedliche Vorranggewährungen im Verlaufe eines Radweges am Beispiel des Hellweg-Radweges dar. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW habe allerdings auch zwischenzeitlich schon der Errichtung einer Bedarfslichtzeichenanlage am Alleen-Radweg in Unna zugestimmt. Hier springe 5 Sekunden nach der Anforderung die Anlage auf grün um. Durch das **Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz**, ging Herr Holzbeck auf die Anfrage von Herrn Wilhelm ein, werde der Landesbetrieb gezwungen sein, mehr Mittel für den Radverkehr einzusetzen. Das Radverkehrskonzept entspreche den Vorgaben des neuen Gesetzes, dieses sei zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfes noch nicht vorhanden gewesen. Eine umfangreiche Nachjustierung sei nicht erforderlich, da das neue Gesetz auch viele Absichtserklärungen beinhalte.

Frau **Schneider** drückte zunächst für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen ihre Verärgerung darüber aus, dass der Bau des RS1 auf Grund der vorgeschriebenen Verfahren sich so lang herauszögert habe. Sie betonte jedoch auch, dass dieser Radweg nur gebaut werden könne, da der Landesbetrieb Straßenbau NRW die Kosten dafür aufwende, die den Kommunen für derartige Maßnahmen nicht zur Verfügung stünden.

Bezug nehmend auf den von Herrn Holzbeck in seinem Vortrag erwähnten, neu gestalteten Radweg an der Westicker Straße zwischen der Straße am Bahnhof und dem Kreisverkehr Königstraße, bat Frau **Schneider** um Mitteilung, warum einige der ursprünglich gesetzten Leitpfosten wieder entfernt worden seien. Ihr subjektives Sicherheitsempfinden habe dadurch stark abgenommen.

Zusätzlich erkundigte sie sich nach der Vorrangregelung beim Aufeinandertreffen einer RVR-Hauptwegeverbindung und einer Kreisstraße.

In diesem Fall, erklärte Herr **Holzbeck**, habe die Kreisstraße, auch wenn es sich bei dem kreuzenden Radweg um eine RVR-Hauptwegeverbindung handele, Vorrang. Grundsätzlich sei die Frage des Vorrangs abhängig von der Lage des Radweges. Verlaufe dieser parallel zu einer übergeordneten Landesstraße und kreuze eine Kreisstraße, habe der Radverkehr Vorrang. Die Poller an der Westicker Straße, beantwortete Herr **Holzbeck** die Anfrage, mussten zum Teil wieder entfernt werden, da sie zu dicht montiert worden seien. Standard sei ein Abstand von ca. 20 m, hier habe man auf Grund der LKW-Parkproblematik die Pfosten etwas enger gesetzt. Die Sicherheit sei, auch nach dem Rückbau, nach wie vor gegeben.

Herr **Sklorz** bedankt sich für die SPD-Fraktion für den Vortrag. Im Hinblick auf die vorzunehmende Priorisierung der vielen Projekte im Rahmen des Radverkehrskonzeptes bat er um Berücksichtigung der Knotenpunkte Sesekeweg / Am Langen Kamp sowie Lindenallee/ Robert-Koch-Straße / Lortzingstraße / Einsteinstraße. An der Straße „Am Langen Kamp“ im Bereich der Autobahnbrücke gebe es keine Mittelinsel oder ähnliches zur sicheren Führung der Radfahrer über die Kreisstraße. Der andere Verkehrsknotenpunkt, der auch in der Stellungnahme der Stadt Kamen zum Radverkehrskonzept aufgegriffen wurde, sei schon auf Grund der allgemeinen Verkehrssituation immer wieder Thema in seinem Ortsteil. Ferner könne es dort auf Grund der anstehenden infrastrukturellen Veränderungen in Dortmund-Husen zu veränderten Verkehrsströmen kommen.

Herr **Holzbeck** bat, diese Anregungen schriftlich mitzuteilen. Alle gesammelten Vorschläge würden bewertet und anschließend gebe es Rückmeldungen über die Umsetzbarkeit.

Herr **Eckardt** lobte zunächst die Umsetzung des ersten Teils des neuen Radweges an der Westicker Straße, wies jedoch auf die zwingend erforderliche bauliche Anbindung an die bestehenden Kreisverkehre hin. Die aktuell bestehende Situation am Kreisverkehr Königstraße sei so nicht ungefährlich. Ferner kritisierte Herr Eckardt die Situation im innerstädtischen Bereich; dort sei das Parken für LKW durch Beschilderung noch erlaubt. Die Folge sei, dass dort auf dem Seitenstreifen, gestattet durch entsprechende Beschilderung, LKW stehen, die den Schutzstreifen zuparkten.

Diese Überprüfung, teilte Frau **Schulze** mit, werde derzeit vorgenommen.

Auf Nachfrage von Herrn Kasperidus, ob er dazu Stellung nehmen wollte, erwiderte Herr **Holzbeck**, dass für den Bau der Baulastträger und für die Beschilderung die Straßenverkehrsbehörde zuständig sei. Er gehe von einer baldigen Erledigung aus. Den Kritikpunkt bzgl. der Anbindung an den Kreisverkehr nehme er mit. Es müsse jedoch geprüft werden, in wessen Baulast der Kreisverkehr liege, da es immer problematisch sei, wenn an andere Straßen, die keine Kreisstraßen seien, angebunden würde, da es dann auch immer um den Aspekt der Kostenteilung gehe.

Herr **Eckardt** klärte Herrn Holzbeck darüber auf, dass es sich sowohl bei der Westicker Straße als auch bei der Königstraße um Kreisstraßen handle.

Herr **Holzbeck** bat um Verständnis, nicht die Namen aller Kreisstraßen präsent zu haben. Auch dieser Punkt solle schriftlich dem Kreis Unna mitgeteilt werden; die Angelegenheit werde dann geprüft. (Anm. der Verwaltung: Der zuständige Bezirksbeamte der Kamener Polizeiwache hat schon vor der

Sitzung Kontakt zum Kreis Unna bzgl. der schlechten Anbindung aufgenommen).

Sich ebenfalls auf den neuen Radweg an der Westicker Straße beziehend, kritisierte Herr **Mallitzky** die Querungssituation der Radfahrenden. Am Ende des Radweges müsse eine vielbefahrene Straße gequert werden, um auf den gegenüberliegenden Schutzstreifen zu gelangen, der wie bereits erwähnt, von LKW beparkt werde.

Die derzeitige Situation, gab Herr **Breuer** zu, sei zugegebenermaßen unbefriedigend, jedoch nur temporär. Durch den entstehenden Kreisverkehr im Rahmen des Baus der Spange Südkamen werde eine Quermöglichkeit geschaffen. Ferner schreibe der Kreis aktuell den Bau einer neuen Radwegebrücke über die Körne aus. Damit wäre künftig eine sichere Führung der Radfahrenden gewährleistet.

Bezug nehmend auf den Vortrag von Herrn Holzbeck erkundigte sich Herr **Kasperidus**, ob sowohl das Kreis- als auch das regionale Programm nur jeweils eine Radwegeverbindung zwischen den Städten vorsehe.

Das Metropole-Ruhr-Radnetz (RVR) sehe nur den RS1 als Radwegehauptverbindung zwischen Kamen und Unna vor, bestätigte Herr **Holzbeck**; Ziel sei, dass dieser vernünftig ausgebaut und beschildert werde. Er stellte in diesem Zusammenhang jedoch die Tauglichkeit des RS1 für den Alltagsverkehr in Frage.

Auf dem Stadtgebiet sei an der Kamener Straße in den letzten Jahren einiges getan worden; die weitere Entwicklung auf dem Stadtgebiet Kamen an der Unnaer Straße bleibe abzuwarten.

Herr **Kasperidus** brachte in diesem Zusammenhang die im Kreisprogramm von 2013 noch aufgeführte und im aktuellen Konzept gestrichene Verbindung von Kamen nach Bönen über die Lenninger Straße zur Sprache ebenso wie die Strecke von Kamen nach Unna und verwies auf die im nächsten Tagesordnungspunkt zu behandelnde Stellungnahme der Stadt Kamen zum Radverkehrskonzept des Kreises Unna.

Zu TOP 2.2.  
084/2021

Radverkehrskonzept Kreis Unna 2021  
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung von Kommunen und Institutionen

Herr **Breuer** bedankte sich zunächst bei Herrn Holzbeck für die gute, engmaschige Zusammenarbeit im Hinblick auf das Verfahren bei der Erstellung des Radverkehrskonzeptes. Die Folge sei eine detailliertere Darstellung in der Stellungnahme der Stadt Kamen für einige noch fehlende Verbindungen, da der Kreis hauptsächlich auf Kreisstraßen fokussiert sei. An diesen Verbindungen, so Herr Breuer, könne der Kreis, da er nicht Straßenbaulastträger sei, nicht tätig werden. Ungeachtet dessen gehörten sie als wichtige regionale Verbindungen in das Kreiswegenetz, insbesondere im Hinblick auf mögliche Fördermaßnahmen. Das Land wolle seine Mittel künftig vorrangig in Radwegenetze investieren; beispielhaft seien hier die Verbindungen zwischen Kamen und Unna entlang der Kamener Straße als auch der

Max-von-der-Grün-Weg zwischen Kamen und Bönen zu nennen.  
Bzgl. der weiteren Ausführungen zur Stellungnahme wird auf den vorliegenden Beschlussvorschlag verwiesen.

Herr **Kasperidus** bedankte sich und hob die Bedeutung der Aufnahme der fehlenden Verbindungen in das Kreiswegenetz in Bezug auf die Beantragung von Fördermitteln hervor.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sei auf Grund der im Vorfeld erfolgten guten Zusammenarbeit mit der Stellungnahme zufrieden, so Frau **Schneider** und lobte in diesem Zusammenhang die Arbeit des Radverkehrsbeauftragten, Herrn Breuer. Ihre Fraktion stimme der Stellungnahme der Stadt Kamen zu. Sehr am Herzen läge ihrer Fraktion ebenfalls die Verbindung von Kamen nach Unna. Sie selbst nutze die Radwegeverbindung von Kamen nach Unna häufig, auch abends. Bei dem RS1 habe sie auf Grund des Streckenverlaufes trotz geplanter Beleuchtungseinrichtungen jedoch Sicherheitsbedenken, insbesondere für Frauen. Ein weiteres Hauptaugenmerk ihrer Fraktion richte sich auf dem unter TOP 4 zu behandelnden Antrag, obwohl sie davon ausgehe, diesen nicht durchsetzen zu können.

### **Beschluss:**

Der Mobilitäts- und Verkehrsausschuss beschließt die Stellungnahme der Verwaltung als Stellungnahme der Stadt Kamen zur Neuaufstellung des Radverkehrskonzeptes des Kreises Unna. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme an den Kreis Unna zu übermitteln.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Im Anschluss an die Abstimmung bedankte sich Herr **Kasperidus** noch einmal für den Vortrag und verabschiedete Herrn Holzbeck.

Zu TOP 3.

Stand des Straßenerneuerungsprogramms  
hier: Bericht der Verwaltung

Die Fotos der zu diesem TOP gezeigten Schadstellen können in der Präsentation zur Sitzung eingesehen werden

Herr **Dr. Liedtke** stellte Details des Straßenerneuerungsprogrammes, das aus Sondermitteln der SEK finanziert werde und daher nur dieses Jahr durchgeführt werden könne, vor. Der Betriebsausschuss habe dazu in seiner Sitzung vom 09.06.2021 bis zu 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der nun abgeschlossenen Bestandsaufnahme seien zu behebbende Schadstellen an ca. 30 Straßen mit einer Gesamtfläche von ca. 18.000 m<sup>2</sup> stadtteilübergreifend festgestellt worden:

- Bergkamener Straße
- Bergstraße
- Bollwerk
- Breslauer Straße
- Buschweg

- Feldstraße
- Friedhofstraße
- Glückaufstraße
- Gutenbergstraße
- Heidkamp
- Im Dahl
- Im Winkel
- Karl-Arnold-Straße
- Kastanienallee
- Koppelstraße
- Ludwig-Schröder-Straße
- Märkische Straße
- Meckeweg
- Mersch
- Mittelstraße
- Nordenmauer
- Schäferstraße
- Schlägelstraße
- Westenmauer
- Wideystraße
- Zum Toedtfeld.

Beispielhaft für großflächige Sanierungen sei die Straße Mersch mit ca. 2.500 m<sup>2</sup>.

Herr Dr. Liedtke unterstrich, es handele sich hier nicht um eine grundhafte Sanierung, sondern um Maßnahmen und Reparaturen, die diese Straßen für die nächsten Jahre in einen ordentlichen Zustand versetzten. Es sei daher beabsichtigt, zwei Maßnahmenpakete auszuschreiben, zum einen die großflächigen Sanierungen an den Straßen Bergkamener Straße, Friedhofstraße, Gutenbergstraße, Kastanienallee, Mersch und Nordenmauer und zum anderen ein Paket zur Sanierung der kleinflächigen Schäden an den übrigen Straßen.

Als weitere Maßnahme, die auch zum Teil aus SEK-Mitteln, ansonsten aus dem städtischen Haushalt finanziert werde, stellte Herr Dr. Liedtke das alljährliche DSK-Programm vor. Mit dem sog. „Dünnschichtverfahren im Kalteinbau“ würden kleinere Schadstellen sowie Netzrisse in Straßen für einen längeren Zeitraum behoben werden können. Es sei geplant, mit diesem Verfahren 8.150 m<sup>2</sup> Gehweg- und Fahrbahnflächen zu sanieren, davon beispielsweise in der Straße Lüner Höhe 2.250 m<sup>2</sup> und in der Straße Erlensundern 200 m<sup>2</sup> Fahrbahnflächen. Das diesjährige DKS-Programm umfasse ebenfalls die Straßen Erlensundern, Kantstraße, Schleppweg und Grüner Weg mit Gehweg- und Fahrbahnsanierungen.

In der Addition, führte Herr Dr. Liedtke weiter aus, würden damit 26.000 m<sup>2</sup> Straßenflächen und 1150 m<sup>2</sup> Gehwegflächen saniert. Dafür sprach er abschließend der SEK und dem Betriebsausschuss seinen Dank aus, da diese Mittel Sanierungsmaßnahmen in diesem Umfang erst ermöglichten.

Herr **Bock** nahm Bezug auf die von Herrn Dr. Liedtke aufgezählten sanierungsbedürftigen Straßen und erkundigte sich für die CDU-Fraktion nach der Kämertorstraße, die sich ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand befände.

Die Kämertorstraße werde 2022/23 von der Kämmerstraße bis zum Westring einen neuen Kanal erhalten, erwiderte Herr **Dr. Liedtke**; in der Folge werde dann natürlich auch die Fahrbahn erneuert.

Herr **Madeja** erkundigte sich für die Fraktion Bündnis90/DieGrünen nach dem Zeithorizont für eine großflächige Sanierung der Straße Mersch und ob während der anstehenden Sanierungsarbeiten mit Einschränkungen für die Feuerwache zu rechnen sei.

Die Feuer- und Rettungswache werde nie, betonte Herr **Dr. Liedtke**, durch Baumaßnahmen jeglicher Art eingeschränkt werden, da die Abläufe immer mit der Feuerwehr abgestimmt würden. Die nun erfolgende Sanierung sei darauf angelegt, die Straße für die nächsten Jahre in einen vernünftigen Zustand zu bringen; eine Grundsanie rung sei daher in den nächsten Jahren nicht angedacht. Herr Dr. Liedtke verwies auf die vor kurzem durchgeführten Sanierungsarbeiten an der an die Straße Mersch angrenzende Dürerstraße, die auf Grund von bewilligten Fördermitteln vorgezogen worden sei. Die Sanierung der Straße Mersch solle in gleicher Weise erfolgen.

Frau Schneider regte an, wissend, dass sich ihre Frage nicht auf das Straßenerneuerungsprogramm beziehe, die Pflasterungen zu Beginn und Ende der Beeskower Brücke zu erweitern. An den unbefestigten Seiten der rechteckig ausgeführten Einfassung seien „Matschfallen“ entstanden.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Überprüfung der Situation zu.

Zu TOP 4.

Errichtung einer Ampelanlage mit Radvorrangschaltung an der Überfahrt Südkamener Spange in Höhe Buschweg  
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Einleitend korrigierte Frau **Schneider** die Begrifflichkeiten des Beschlussvorschlages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, richtig hieße es: K40n und RVR-Hauptwegeverbindung. Da die ursprünglich geplante Unterführung aus Kostengründen gestrichen worden sei, habe sich ihre Fraktion über mögliche Führungsformen für den Radverkehr an dieser Stelle informiert. Es handele sich immerhin um eine RVR-Radwegehauptverbindung, für die eine kluge Lösung gesucht werde. Sie seien im Rahmen ihrer Recherchen auf der Seite „nationaler Radverkehrsplan“ auf verschiedene Lösungsansätze gestoßen, u. a. auch die Umsetzung der Radwelle Oberhausen, in der Radfahrervorrangschaltungen an Lichtsignalanlagen umgesetzt und 2019 mit dem 2. Platz bei der Verleihung des Deutschen Fahrradpreises ausgezeichnet worden sei. Auch in Oldenburg und Kleve seien entsprechende Beispiele zu finden.

Ihre Fraktion strebe daher, so Frau Schneider, eine gleichartige Lösung an der K40n an, wohl wissend, dass sie mit „Gegenwind“ zu rechnen habe; sie freue sich aber trotzdem auf eine offene Diskussion, um zu einer klugen Lösung zu kommen.

Herr **Dr. Liedtke** drückte seine Irritation über den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus. Zuständig für den Bau von Lichtsignalanlagen an der K40n sei der Kreis Unna als zuständiger Baulastträger, nicht die Stadt Kamen. Ferner beinhalteten die Planungen, die auch in den Fachauschüssen vorgestellt worden seien, zwei Signalanlagen am „Buschweg“ und in Höhe der Straße „Am Barenbach“ für Fußgänger und Radfahrende, die der Kreis auch schon beauftragt habe.

Herr **Kissing** verwies auf die von Herrn Holzbeck im Verlaufe der Sitzung bereits angesprochene Ampel-Vorrangschaltung und den damit verbundenen Problematiken. Im fließenden Verkehr könne eine solche Vorrangschaltung durchaus sinnvoll sein, insbesondere bei Abbiegevorgängen könne die Sichtbarkeit von Radfahrenden verbessert und die Unfallhäufigkeit gemindert werden. An der K40n könne eine derartige Vorrangschaltung nicht sinnvoll umgesetzt werden, da nicht nur Radfahrende, sondern auch Fußgänger Ampeln zur Querung nutzten.

Herr Holzbeck habe schon angesprochen, dass auch bei Bedarfsampeln kurze Anforderungszeiten möglich seien, so dass 5 Sekunden nach Anforderung die Ampel auf grün schalte. Diese Lösung, so Herr Kissing, favorisiere auch seine Fraktion.

Die Planungen zur K40n, stellte Frau **Schneider** klar, seien ihr bekannt. Ihre Fraktion gehe jedoch davon aus, dass der Kreis keine Änderungen vornehmen werde, sofern seitens der Stadt Kamen keine Einwände geltend gemacht würden. Daher sei der Beschlussvorschlag so formuliert. Im Vordergrund stehe für sie hauptsächlich eine kluge Lösung, die es ihrer Auffassung nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht gebe, die aber im Rahmen einer Diskussion in diesem Gremium noch erarbeitet werden könne. Ihre Fraktion sei auch durchaus bereit, den Antrag umzuformulieren. Abschließend wies sie noch einmal auf den Wegfall der Unterführung und der sich damit verschlechterten Qualität der Querungen für Radfahrende hin.

(Herr Kissing verlässt die Sitzung um 19:28 Uhr)

Herr **Dr. Liedtke** zeigte Frau Schneider die Diskrepanz ihrer Aussagen zu dem von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen formulierten Beschlussvorschlag auf und verwies erneut auf die Zuständigkeit des Kreises Unna. Die Streichung der Unterführung, erläuterte Herr Dr. Liedtke anschließend, sei nicht nur wegen der Mehrkosten von ca. 1 Mio. Euro erfolgt, sondern auch, weil die Schaffung von Angsträumen vermieden werden solle. Dies sei in den Fachausschüssen entsprechend diskutiert worden. Eine Vorrangschaltung für Radfahrer sei, so Herr Dr. Liedtke, aus den bereits genannten Gründen nicht umsetzbar.

Herr **Wünnemann** nahm für die CDU-Fraktion Stellung zum Antrag. Er verwies auf die Zuständigkeiten und geltenden Vorschriften sowie Richtlinien im Hinblick auf die Errichtungen von Signalanlagen. Den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bewerte er deshalb als überflüssig.

Herr **Fuhrmann** wies zunächst ebenfalls auf die fehlende Zuständigkeit hin und stellte die Frage bzgl. des Umganges mit diesem Antrag in den Raum. Ihn habe, nahm er weiterhin Bezug auf den Antrag, die Formulierung: „Wir wollen, dass auch Kamen in Sachen Radverkehr endlich auf die Überholspur wechselt“ gestört. Der Ausschuss habe sich in dieser und in der letzten Sitzung mit der Thematik Radverkehr intensiv auseinandergesetzt. Angesichts der Entwicklung, die der Radverkehr in Kamen in den letzten Jahren genommen habe, könne kaum davon gesprochen werden, dass sich der Radverkehr auf der Standspur befinde. Im Übrigen schließe er sich der vorangegangenen Argumentation die Radvorrangschaltung betreffend an

Die Anregungen auf eine grundsätzliche Beschleunigung des Radverkehrs, so **Herr Kasperidus**, sollten durchaus ernst genommen werden; auch

wenn eine Vorrangregelung an anderen Stellen im Stadtgebiet vielleicht interessanter sei.

Herr **Dr. Liedtke** äußerte, sich Herrn Fuhrmann anschließend, ebenfalls seine Missbilligung über die Formulierung „endlich auf die Überholspur wechseln“ und verwies auf die positive Entwicklung des Radverkehrs im Stadtgebiet Kamen.

Frau **Schneider** zog nach Rücksprache mit den anwesenden Fraktionsmitgliedern, Herrn Madeja und Herrn Lütchen, den Antrag auf Errichtung einer Signalanlage mit Vorrangschaltung für Radfahrer zurück. Ihrer Fraktion, betonte sie, sei einfach nur wichtig, dass diese Thematik im Gespräch bliebe.

Herr **Sklorz** schlug für die SPD-Fraktion auf Grund der fehlenden Sachlichkeit hinsichtlich der Diskussion vor, diese zu beenden und stattdessen ggf. interfraktionell Anträge für die Verbesserung des Radverkehrs auf den Weg zu bringen.

Herr **Kasperidus** fasste die vorangegangene Diskussion zusammen: er habe wahrgenommen, dass der Antrag zurückgezogen wurde, dem Bündnis90/Die Grünen die Diskussion über weitergehende Bevorrechtigungen des Radverkehrs wichtig seien. Er habe auch wahrgenommen, dass die Formulierung innerhalb des Antrages zu einiger Verärgerung bei den anderen Fraktionen geführt habe. Abschließend erinnerte Herr Kasperidus an die Aussage von Herrn Holzbeck, dass Vorrangschaltungen nicht immer die besten Lösungen seien. Die derzeit vorgesehene Bedarfsanlage mit einer Anforderungszeit von 5 Sekunden sei durchaus akzeptabel und bei der Vorstellung der Pläne vor 1- 2 Jahre einhellig angenommen worden.

## Zu TOP 5.

### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** berichtete zur Anfrage der SPD-Fraktion aus der letzten Sitzung am 23.03.2021 in Bezug auf den Einsatz der Verkehrsmessgeräte, dass an den angefragten Stellen Afferder Straße und Wasserkurler Straße bereits Datenerhebungen erfolgt seien.

An der Wasserkurler Straße in Höhe der KiTa Brausepulver konnten bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h keine erhöhten Geschwindigkeiten festgestellt werden. Die durchschnittliche Geschwindigkeit an der Afferder Straße sei insbesondere auswärts wesentlich höher gewesen; dort habe die durchschnittliche Geschwindigkeit bei 60,8 km/h gelegen. Das Ergebnis sei dem Kreis Unna mit der Bitte um Durchführung von Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen bereits übermittelt worden.

Die nächste Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses, informierte Frau **Schulze** die Anwesenden, sei auf den 27.10.2021 terminiert worden.

Frau **Schneider** erinnerte an die ihr zugesagte Beantwortung ihrer Anfrage bzgl. der Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW aus der letzten Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses.

Abschließend könne er die Anfrage zurzeit noch nicht beantworten, entschuldigte sich Herr **Breuer**. Derzeit arbeite die AGFS am Aktionsprogramm zum Nahmobilitätsgesetz des Landes, in dem die Aufgabenverteilung auf die verschiedenen Netzwerke festgelegt werde. Er arbeite jedoch eng mit dem Netzwerk zusammen. Sobald er die erforderlichen Unterlagen zusammengestellt habe, nehme er Kontakt auf.

Frau **Schneider** gab sich auf Rückfrage von Herrn Kasperidus mit dieser Information zunächst zufrieden.

Herr **Eckardt** bat, den Bord am Zebrastreifen in Höhe der Rathausapotheke abzusenkern, da er ein Hindernis für Rollstuhlfahrer darstelle. (Anm. d. Verw.: die Arbeiten sind auf Seiten der Apotheke bereits ausgeführt).

Frau **Schulze** sagte zu, den Hinweis mitzunehmen.

Sie habe der Presse entnommen, äußerte Frau **Schneider**, dass die Radstationen in Fröndenberg und Schwerte im Rahmen eines Pilotprojektes auch samstags geöffnet werden sollten und fragte nach, ob bei einem positiven Verlauf des Projektes die Ausweitung der Öffnungszeiten auch für Kamen geplant sei. Ferner bat Frau Schneider um Mitteilung, in welchem Ausschuss die Einführung des Schülertickets Westfalen behandelt werde.

Sofern sich das Pilotprojekt als erfolgreich erweise, erwiderte Frau **Schulze**, wäre die Ausweitung der Öffnungszeiten sicherlich noch einmal ein Thema für diesen Ausschuss. Die Einführung des Schülertickets, teilte sie desweiteren mit, werde im Schulausschuss beraten.

Herr **Fuhrmann** bat um Kontrollen hinsichtlich des Parkverhaltens in dem Bereich Kamener Knapp / Auf dem Berge, da dieses in den Abendstunden dort ausufere.

Herr **Kasperidus** stellte anschließend fest, dass keine weiteren Anfragen und Mitteilungen, auch für den nicht-öffentlichen Teil, vorlägen. Er bedankte sich für die konzentrierte Mitarbeit und schloss die Sitzung um 19:47.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kasperidus  
Vorsitzender

gez. Schulze  
Schriftführerin